

Mag. Martina Kronthaler, GF *aktion leben österreich*

Eizellspende – wer sorgt für die Einhaltung der Gesetze?

- Eine Eizellspende ist ein riskanter Vorgang: für die Spenderin, die austragende Mutter und die Kinder. Wir verwehren uns daher gegen die Verharmlosung von Seiten der Reproduktionsmedizin und ein Umgehen des Werbe-, Vermittlungs- und Kommerzialisierungsverbots.
- Wir fordern die Reproduktionsmediziner dringend auf, sich an das Gesetz zu halten. Die geltenden Verbote müssen strikter geahndet werden, sonst werden sie nicht ernst genommen.
- Wir wollen nicht, dass gesunde, junge Frauen zu Patientinnen gemacht werden und ihnen ein fremdnütziger Eingriff zugemutet wird. Es muss mehr über reproduktive Gesundheit, ihren Erhalt und Achtsamkeit gegenüber dem eigenen Körper gesprochen werden. Nur so können wir junge Frauen vor manipulativer Werbung schützen.
- Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Beratung sowohl für Kinderwunschpaare wie auch für potenzielle Eizellspenderinnen: Reproduktionskliniken, die an jeder Eizellspende mehrere tausend Euro verdienen, sind keine unabhängigen Gesprächspartner. Der Interessenskonflikt ist offensichtlich und muss zu einer veränderten Beratungssituation führen.
- Wir mahnen eine Verbesserung der Kontrolle der Anwendung ein. 2016 haben 152 Frauen eine Eizellspende erhalten. Über die Komplikationen der Schwangerschaften wissen wir nichts. Das wäre dringend nötig, damit sich Kinderwunschpaare ein realistisches Bild des Angebotes machen können.

Leihmutterschaft – ein internationales Verbot schafft Rechtssicherheit

Ein Perspektivenwechsel ist nötig. Das Verständnis für den Wunsch nach einem Kind sollte nicht blind machen für die vielen ernstesten Probleme, die Leihmutterschaft mit sich bringt.

Nationale Verbote werden umgangen – so auch in Österreich. Wir brauchen daher ein internationales Verbot: Paare mit Kinderwunsch haben ein Recht darauf zu wissen, was geht und was nicht.

Fortpflanzungskliniken sind mit Wünschen konfrontiert, die sie vielleicht gar nicht erfüllen wollen.

Wir fordern:

- Keine Frau soll sich in dieser Weise verkaufen müssen. Kein Kind sollte vorsätzlich um erste Beziehungs- und Bindungserfahrungen gebracht werden. Wir treten gegen die Verletzung der Würde von Frauen und Kindern auf und fordern, dass sich Österreich klar dagegen äußert – auf EU-Ebene und in seinen internationalen Beziehungen.
- Ein umfassendes, grenzüberschreitendes Verbot von Leihmutterschaft, für das sich Österreich einsetzt.
- Ein eindeutiges Verbot von Leihmutterschaft in der Verfassung.